

**Mitteilung des Senats vom 30. Januar 2018****Bericht zum Umsetzungsstand der geforderten Bundesratsinitiative zur gesetzlichen Absicherung eines Rechtsanspruchs auf Beratung, Begleitung und Unterstützung für Kinder und Jugendliche im SGB VIII bei sexueller Gewalt**

Der Senat übermittelt das Ergebnis der Länderumfrage an die Bürgerschaft (Landtag) wie folgt:

Der Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen „Sexualisierte Gewalt: Betroffene Mädchen und Jungen brauchen klaren Rechtsanspruch auf Beratung!“ (Drs. 19/837) hatte zum Ziel, mittels einer Bundesratsinitiative die Verankerung eines sozialgesetzlichen Rechtsanspruchs auf qualifizierte professionelle Beratung und Begleitung bei sexualisierter Gewalt gegen Kinder und Jugendliche und hierdurch den bedarfsgerechten Ausbau der Beratungsinfrastruktur herbeizuführen.

Die Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport hatte dieses Anliegen im Rahmen des Bundesgesetzgebungsverfahrens „Gesetz zur Stärkung von Kindern und Jugendlichen (Kinder- und Jugendstärkungsgesetz – KJSG)“ mit dem Bundesfamilienministerium und den anderen Ländern beraten, um zu prüfen, ob eine möglichst breite Unterstützung für eine solche Initiative zu erzielen ist. Im Rahmen dieser Beratungen wurde jedoch deutlich, dass zum jetzigen Zeitpunkt die notwendige Unterstützung der Länder für die Einführung eines Rechtsanspruchs auf Beratung und Begleitung wie im Antrag gefordert, nicht erreicht werden kann. Auf Grundlage einer durchgeführten schriftlichen Länderumfrage kommt der Senat zum Schluss, die Bundesratsinitiative zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht einzubringen. Der Senat wird die erwartete Wiederaufnahme der gemeinsamen Beratungen von Bund und Ländern zum KJSG in der neuen Legislaturperiode des Bundestages nutzen, im Einvernehmen mit den Ländern, die eine Zustimmung in der Zielrichtung des Anliegens einer Verankerung eines sozialgesetzlichen Rechtsanspruches auf qualifizierte professionelle Beratung und Begleitung bei sexualisierter Gewalt gegen Kinder und Jugendliche auf Bundesebene signalisiert haben, umzusetzen.